



... denn Zukunft kann man bauen.
Wie die LINKE STADT des Jahres
2034 aussieht.

Eine Anregung.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Inhalt

Vorwort	4
Einleitung	5
Die Thesen	12
 Erste These Stadt im steten Wandel	12
 Zweite These Attraktive Stadt	14
 Dritte These Menschliche Stadt	16
 Vierte These Stadtökonomie	18
 Fünfte These Stadtplanung	20
 Sechste These Stadt und Natur	22
 Siebte These Stadt die allen gehört	24
Fazit	26
Impressum	28

Vorwort

In einem Moment der Ruhe machen wir die Augen zu und träumen. Wir träumen von einer Stadt, in der wir wohnen. Sie heißt VISIONA.

Hier sind wir mit ungefähr 50 000 anderen Menschen zu Hause. So ganz genau wissen wir diese Zahl nicht, denn sie ändert sich ständig. Wir leben in einer Gemeinschaft mit gleichgesinnten Menschen, die sich ihren eigenen Lebensraum geschaffen haben, die ihre eigenen Vorstellungen vom Leben verwirklichen und ganz demokratisch immer weiter entwickeln. Wir leben im Zeitalter der Automatisierung und Elektronik. Die Zeiten der Elendsviertel und des Verkehrschaos sind bei uns überwunden. Mit immer weniger Energie- und Naturressourcen und mit weniger Geld ist es uns gelungen, immer mehr Lebensqualität für unsere Bewohner zu schaffen. VISIONA ist unser Ort der Freizeit, Arbeit, Familie, Kultur und für alle anderen Lebensbereiche. Unsere Stadt besteht völlig unabhängig von allen anderen Städten des Planeten. Nur die Straßen und Zugverbindungen und die mediale Vernetzung halten die Verbindung zu anderen Orten. Unsere Stadt benötigt keine Unterstützung aus Steuergeldern der Regierung. Sie besitzt einen freien und fließenden Verkehr ohne Ampeln oder Verkehrsschilder. Fernverkehr fließt nicht durch sie hindurch, sondern an unserer Stadt vorbei. In den Geschäften wird nicht mit Bargeld, sondern mit Karte bezahlt. Es gibt keine Kredite und damit auch keine Schulden. Unsere Möglichkeiten sind unendlich.

In großen Cafeterias werden jeden Tag frische Erzeugnisse aus den nahe gelegenen Gewächshäusern, von Fischfarmen und Landwirtschaftsbetrieben aufgetischt. Wir ernähren uns nicht aus Konserven. Es fällt kaum Abfall an, und es wird wenig Energie verbraucht. Bei uns werden keine Fabriken gebaut, die Nahrungsmittel konservieren oder Kühlhäuser, die Nahrungsmittel für lange LKW-Transporte schockfrieren. Die individuelle Versorgung der Familie mit Grundnahrungsmitteln nimmt nur noch einen ganz kleinen Teil unserer Zeit in Anspruch. Diese Aufgabe ist längst nur noch Hobby und Freizeitvergnügen – aus Freude am Kochen. Unsere Stadt kostet nur noch ein Zehntel anderer Städte vergleichbarer Größe. Unsere Gebäude

sind multifunktional und flexibel. Ihr leistungsfähiges Design bietet mehr Lebensqualität und reduziert die Vergeudung an Ressourcen auf ein Minimum. Hier wohnen mehr Menschen auf weniger Naturraum als anderswo, ohne sich jedoch einschränken zu müssen. Bei uns lebt, wer bei uns wohnen möchte. Wir haben keine nationalen, keine kulturellen oder religiösen Schranken. Ausschließlich ein Prinzip eint unsere Bewohnerinnen und Bewohner: Wir achten unsere Individualität, betrachten sie als Bereicherung unserer Bürgergemeinschaft und geben unsere Kreativität und unsere Fähigkeiten durch einen demokratisch gestalteten Prozess an die Gemeinschaft zurück. Wir haben etwas Neues versucht, um alte Probleme zu lösen und unsere Stadt in die Tat umgesetzt. Nun aber haben wir ein anderes Problem, nämlich dieses, dass so viele alte Probleme gelöst worden sind und unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger einen großen Überschuss an Zeit, neuen Visionen und gesellschaftlichem Reichtum besitzen. Was wollen wir damit anfangen? Wir gönnen uns den Luxus, diese Überschüsse für Bildung und Wissenschaft, für Kultur, Sport und für ein menschliches Miteinander zu nutzen. Wir haben endlich die Möglichkeit, diese Extrazeit und unseren freien Geist für Dinge zu gebrauchen, die uns früher mangels Zeit und Ruhe fehlten.

Wir sind glückliche Menschen in einer glücklichen Stadt mit dem Namen VISIONA.

Nun wird es Zeit, wieder zu erwachen. So oder ähnlich haben viele von uns schon geträumt. Mancher von uns wollte irgendwo ein neues Dorf gründen und dort nur mit Gleichgesinnten und Freunden leben. Sofort beginnen wir eine Gemeinschaft zu entwerfen, die unseren Vorstellungen entspricht. Diese Sehnsucht in uns entspringt aus unseren tatsächlichen Lebensumständen, denen wir uns nicht immer voll bewusst sind. Aber sie sind da und sie wirken. Wir müssen sie nur klar analysieren, dann tun sich wie von selbst Lösungen für die Zukunft auf.

Einleitung

In Deutschland lebt rund die Hälfte aller Menschen in einem Ort mit mehr als 10 000 Einwohnern. Ein weiteres Drittel aller Bürgerinnen und Bürger lebt in den Randbereichen von Städten und Ballungsräumen. Im Vergleich dazu sind nur noch 15 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande zu Hause. Der Lebensmittelpunkt vieler Menschen ist demnach auf die Städte und auf ein Leben nahe den Städten gerichtet.

Stadtentwicklung ist in erster Linie ein qualitativer Prozess – kein quantitativer, der sich an der Zahl abzureißender oder zu erhaltender Wohnungsbestände messen lässt. Eine Stadt muss in sich selbst funktionieren. Sie ist ein komplexer, die gesamte Kommune fordernder und sich ständig ändernder Prozess. Nachhaltige Stadtentwicklung gelingt nur dann, wenn wir uns von dem althergebrachten Gedanken lösen, für unsere Menschen Häuser zu bauen. Es kommt vielmehr darauf an, mit unseren Menschen Städte der Zukunft zu errichten. Städte, in denen wir eine Identität entwickeln können für uns und für unsere Gemeinschaft.

Seit 2005 arbeitet DIE LINKE an Leitbildern für die Stadtentwicklung im europäischen und internationalen Kontext. Die nachfolgenden Ideen zum Konzept „Die LINKE Stadt der Zukunft“ sind während einer Reihe verschiedener Veranstaltungen, Kolloquien und Konferenzen zu diesem Thema entstanden.

Viele wissenschaftliche Institute, Expertenkommissionen, Verbände der Bauwirtschaft und Bauindustrie, Architekten, Ingenieure, Soziologen sowie die Bundesregierung befassen sich jeweils mit Themen der nachhaltigen Stadtentwicklung, mit zukünftigen Herausforderungen für die Städte, mit den Wirkungen des demografischen Wandels. Alle bisher vorliegenden Ausarbeitungen wollen Fehlentwicklungen der Städte korrigieren, sie wollen ungewollte Wirkungen mildern oder beseitigen. Niemand von ihnen hat jedoch bisher konsequent die wichtigste aller Forderungen aufgestellt – die Forderung nach der Beseitigung der Ursachen für diese Fehlentwicklungen und die Forderung nach der Verantwortung heutiger Generationen für die Zukunft unserer Welt. Voneinander

losgelöst werden Fragen des Klimawandels von der Energiepolitik gestellt. Losgelöst voneinander werden Fragen der Metropolentwicklungen zum ländlichen Raum gestellt. Losgelöst werden Fragen der Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung von den Wirtschafts- und Finanzprozessen behandelt. Und immer kommt man zu wichtigen Erkenntnissen, die der Öffentlichkeit gern präsentiert werden – allerdings ohne wirklich die Rückwirkungen und Reaktionen der Menschen zu hören, ohne systemische Konsequenzen zu ziehen. Und immer wird zu allererst die Frage nach dem Geld gestellt. „Wer soll das bezahlen?“, heißt es dann. Oder: Was kostet uns das? Immer weniger Staat soll immer mehr leisten.

Mit diesem Konzept will DIE LINKE erstmals den Zusammenhang aller gesellschaftlichen Zukunftsfragen mit dem Städtebau herstellen. Für den Zeitraum der nächsten 25 Jahre wollen wir die notwendigen Veränderungserfordernisse und die dafür erforderlichen Voraussetzungen benennen. Unsere Ausgangsposition ist dabei das solidarische Miteinander aller unserer Bürgerinnen und Bürger in den Städten. Insofern unterscheidet sich unser Konzept von allen anderen nationalen Stadtentwicklungsstrategien.

Rahmenbedingungen

Um die Zukunft der deutschen Städte zu betrachten, ist es einerseits nötig, den zeitlichen Horizont der Untersuchung zu bestimmen. Andererseits sind einleitend wichtige Zustandsparameter zu erklären, anhand derer die Ursachen der Entwicklung nachzuvollziehen sind. Unsere Annahmen und Thesen beziehen sich auf den Zeitraum der kommenden 25 Jahre. Als wichtigste Einflussfaktoren auf die zukünftige Stadtentwicklung werden die folgenden drei Parameter angeführt:

1. *Die „Globalisierung“ mit ihren Auswirkungen auf die weltweite Wirtschafts- und Kulturentwicklung,*
2. *der Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft und*
3. *der Demografische Wandel unserer Gesellschaft.*

Die Stadtentwicklung gilt als Spiegel aller dynamischen gesellschaftlichen Prozesse.

Globalisierung

Alle ökonomischen, ökologischen und Finanzprozesse der einzelnen Länder haben sich weitgehend internationalisiert. Unter diesem Blickwinkel sind auch die Beziehungen der Menschen untereinander und ihre Verantwortung füreinander zu betrachten. Auf der Suche nach den günstigsten Kapitalverwertungsbedingungen hat die Automatisierung der Industrieproduktion in ihrer internationalen Monopolentwicklung ihren Höchststand erreicht. Produktion und Absatzmärkte werden weltweit gestreut. Produktionsstandorte sind heute keine dauerhaften Berechnungsparameter für Städte oder gar Länder mehr. Die Finanzwirtschaft ist international unterwegs und agiert wie die Ökonomie weitestgehend ohne Regularien und ohne Kontrolle. Wenn sich Geld aus sich selbst heraus durch Spekulation vermehrt, ohne an materielle Werte gebunden zu sein, nimmt es eine eigenständige gesellschaftliche Stellung ein.

Die weltweiten ökologischen Auswirkungen der Massenproduktion, die heute nicht mehr nur der Bedürfnisbefriedigung der Menschen gerecht wird, sondern durch Überproduktion, Marktüberschwemmung und Konsumanreiz gekennzeichnet ist, können somit im Einzelnen nicht mehr eindeutig zugeordnet werden. Die Verantwortung für Umweltverschmutzung aller Art und Umweltkatastrophen wird anonymisiert, und der damit einhergehende Klimawandel ist ebenso nur noch international aufzuhalten.

In Deutschland sind prosperierende Städte und Regionen wie Frankfurt am Main oder Hamburg entstanden, die durch die internationale Arbeitsteilung als weltweite Schaltzentralen der globalen Märkte agieren. In diesen Regionen gibt es viele einkommensstarke Haushalte, die verstärkt Dienstleistungen nachfragen können und dadurch den Arbeitsmarkt weiter stützen. In den von der Industrie verlassenen Regionen, wie im Ruhrgebiet oder den ohnehin ländlich geprägten Räumen leben dagegen weit mehr einkommensschwache Haushalte, denen diese Ressourcen eben nicht zur

Verfügung stehen. Das Ergebnis ist ein sehr ausgeprägtes Ungleichgewicht und ein extremes ökonomisches und soziales Gefälle.

Die Einflüsse der Globalisierung auf den Städtebau sind jedoch nicht allein auf die Wirtschaft zurück zu führen. Weltweit aktive Konzerne agieren zunehmend als Investoren und entwickeln ganze Stadtquartiere oder Gewerbe- und Einkaufszentren mit einer einzigen Perspektive – **in möglichst kurzer Zeit eine möglichst hohe Rendite zu erwirtschaften**. Für ihre Planungen spielen lokale Besonderheiten oder Gewohnheiten nur noch eine untergeordnete Rolle. Globale Einflüsse überformen Alleinstellungsmerkmale städtebaulicher Strukturen.

Auch beim Betrachten von Kultur und Konsum-Mustern werden die Auswirkungen der Globalisierung deutlich spürbar. Das kulturelle Angebot wird von weltweit arbeitenden Medienunternehmen beeinflusst. Die damit verbundenen Marketingmaßnahmen sind in allen Städten zeitgleich sichtbar. Im Interesse der Wiedererkennung werden eigens dafür genormte Kulturtempel errichtet. Im Prozess einer um sich greifenden „Disneyfizierung“ verlieren die Städte mehr und mehr ihre eigene Identität und Unverwechselbarkeit. Sie werden gleichsam austauschbar. Es scheint egal zu sein, wo man sich gerade befindet – **man findet sich überall zurecht, da man überall nahezu Gleichem begegnet**. Gleiches gilt für die Werbetauftritte der weltweiten Konzerne im Stadtbild. Werbesatzungen, die auf die baukulturelle Eigenart der Städte ausgerichtet sind, werden langfristig ausgehöhlt und verkommen zur Bedeutungslosigkeit.

Neben der städtebaulichen Überformung und dem weltweiten Angleichen dieser globalen Konsum-Muster gehört die Standortkonkurrenz der einzelnen Städte zu den zentralen Entwicklungen im globalen Netz. Diese führt zu einem ruinösen Wettbewerb der Metropolen untereinander. Zu einem Wettbewerb um die Ansiedlung weltweit agierender Unternehmen und um weltweit operierende Investoren, ohne die Folgen beim Abzug von diesen Standorten zu bedenken. Zurück bleiben sowohl Industriebranchen als auch

umfangreiche, aber nutzlos gewordene Infrastrukturen, die jedoch weiter finanziert werden müssen. Und die verlassenen Standorte haben mit sämtlichen sozialen Auswirkungen zu kämpfen, die sich aus dem Wegfall der bisherigen Arbeitsplätze ergeben.

Der Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft

Dieser Wandel auch der regionalen Wirtschaft ist eng mit den Einflüssen der Globalisierung und Internationalisierung verbunden.

Die Industrialisierung der Produktion hatte den Menschen erstmals die Möglichkeit verschafft, über Vollzeitarbeit selbst intensiv am Konsum der Gesellschaft teilzunehmen. Der Lebensstandard der breiten Masse der Bevölkerung wuchs ständig und war relativ sicher. Die Automatisierung der Produktion wurde ständig erhöht, und zugleich sicherte der allgemein hohe Lebensstandard den Absatz dieser automatisiert produzierten Waren. Es entstanden wohlfahrtsstaatliche Sicherungssysteme wie die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung. Flankierend dazu erlangte im Städtebau der soziale Wohnungsbau eine besondere Bedeutung. Die Städte wuchsen, ihre Ränder erweiterten sich stetig und mit ihnen die städtische Infrastruktur. Dank relativ sicherer Arbeit lebten Arbeiter und Angestellte in vergleichsweise gesicherten Arbeitsverhältnissen, was sich in ihrer Lebensweise und in ihrem Konsumverhalten widerspiegelte. Durch Massenkonsum entstand Massenproduktion. Die so genannte Mittelstandsgesellschaft bildete sich heraus.

Für den Städtebau bedeutete das die zunehmende Automobilität und die Veränderung der Wohnansprüche vieler Menschen. Fast wie Pilze aus dem Boden schießend wuchsen am Stadtrand Einfamilienhaus-siedlungen. Mit ihnen entstanden Einzelhandels- und Dienstleistungszentren auf der „grünen Wiese“.

Ausgehend von der Mittelstandsgesellschaft unter den Bedingungen von Vollbeschäftigung, Massenproduktion und Massenkonsumtion spitzt sich die funktionierende angebots- und nachfrageorientierte

Wirtschaft der Nationalstaaten zu. Der höhere Grad der Spezialisierung in der Industrie bedeutet eine Abkehr von rein arbeitsintensiven Produktionsprozessen. Routinierte Arbeitsabläufe trennten sich von entwicklungstechnischen und spezialisierten Arbeiten. Die einfache Lohnarbeit wurde in Länder mit vergleichsweise niedrigen Lohnkosten verlagert. Mit dieser Abwanderung aber war zugleich der massenhafte Verlust von Arbeitsplätzen verbunden. Die Menschen leiden unter Langzeitarbeitslosigkeit. Die Städte und stadtnahen Gewerbegebiete leiden unter Industriebrachen. Zu den Betroffenen dieser Entwicklung gehören vor allem altindustriell geprägte Regionen in den Alten Bundesländern und nach dem Ende der DDR seit 1990 auch weite Teile der Neuen Bundesländer.

Geblieben sind die kapitalintensiven Branchen und hochspezialisierte Abteilungen wie Forschung und Entwicklung vor allem in den Alten Bundesländern. Durch die Differenzierung zwischen Routinearbeit und Spezialisierung entstehen Arbeitslosigkeit und Niedriglohn-Wirtschaft auf der einen Seite und Spitzenverdiener auf der anderen Seite. Auf Grund dieser Entwicklung löst sich die Mittelstandsgesellschaft nach und nach auf. Die zunehmende Polarisierung treibt die Gesellschaft unaufhaltsam auseinander. Immer weiter öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich.

Ein wesentlicher Aspekt, der sich auf die Stadtentwicklung in den Neuen Bundesländern auswirkte, war die Deökonomisierung.

Im Vergleich zu den Alten Bundesländern handelte es sich hier nicht um einen langfristig verlaufenden, durch den Wandel von der Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft hervorgerufenen Prozess, sondern um einen radikalen Strukturbruch, der sämtliche Bereiche der Gesellschaft umfasste. Bei der Umwandlung der Wirtschaft von der Plan- zur Marktwirtschaft vollzog sich eine willkürliche Bereinigung der Produktionsstätten zur Ausschaltung der Konkurrenz.

Dies geschah in den Neuen Bundesländern neben dem allgemeinen Strukturwandel wie in den Alten Ländern vollzogen worden, der politisch durch die Abwicklung der früheren „volkseigenen Betriebe“ (VEB) zum Beispiel durch die eigens dafür geschaffene Treuhand gestützt wurde. Das bedeutete zugleich Arbeitsplatzabbau ohne Ersatz von Erwerbsmöglichkeiten an anderer Stelle. In der Konsequenz verschwanden massenhaft Arbeitsplätze. Für die davon betroffenen Menschen war diese Entwicklung nicht nur ein praktisches und physisches Problem, sondern bewirkte auch einen regelrechten psychologischen Schock, den mancher nur schwer verkraften konnte.

Die Massenarbeitslosigkeit erhöhte sich regional bis auf 30 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. In ähnlicher Weise geschah dies auch in der Landwirtschaft und durch Abbau der Verwaltungen. Die Städte und Regionen der ehemaligen DDR waren massenhaft durch Funktions- und Arbeitsplatzverluste gekennzeichnet. Ursache für das „Schrumpfen“ war aber nicht nur die verminderte Zahl von Geburten nach 1990, sondern auch die zur selben Zeit einsetzende Wanderungsbewegung gut ausgebildeter Fachkräfte, die mit ihren Kindern und Familien in die alte Bundesrepublik umsiedelten.

Neben der hohen Massenarbeitslosigkeit hat sich in einigen Regionen die Bevölkerung der Städte ebenfalls um bis zu 30 Prozent reduziert – zu viel Stadt für zu wenig Menschen.

Und folglich standen und stehen mancherorts ganze Wohngebiete leer und bieten einen geradezu gespenstischen Anblick.

Zugleich flossen Fördermittel aus dem Solidarpakt nicht vorrangig in den Wiederaufbau der Wirtschaft, sondern sie dienten mehr und mehr zur Abfederung der sozialen Brennpunkte in den Städten, sie wurden für den Wohnungsabriss und für die Erneuerung maroder Stadtteile genutzt. Da es nicht gelang, die

Abwanderung und Schrumpfung der Städte durch das Schaffen nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen zu stoppen, sind wesentliche Fördermittel ohne nachhaltige Wirkung regelrecht versickert. Das gilt beispielsweise für den Abriss von zuvor gerade mit ebensolchen Fördermitteln saniertem Wohnraum auch in den Innenstädten.

Mit dem vorhin beschriebenen allmählich einsetzenden Wohlstand breiter Schichten der Bevölkerung in den 60er und 70er Jahren wuchs der Wunsch vieler Familien nach einem Eigenheim am Rande der Städte oder im umliegenden ländlichen Raum der Städte. Im Vergleich zu Wohneigentum in der Stadt schienen dort für viele Familien die Grundstückspreise sehr günstig – **eine Art amerikanischer Traum auf deutsch**. Gleichzeitig wuchs der Anteil der privat motorisierten Familien, sodass Entfernungen zwischen Arbeit und Wohnung von bis zu 50 Kilometer täglich in Kauf genommen wurden. Um die Städte herum entstanden suburbane Räume, die nicht nur zur Stadtfucht beitrugen, sondern auch mit großen ökologischen Konsequenzen verbunden waren. Infolge steigender Rohstoffpreise und aufgrund der Überalterung der Menschen in den suburbanen Räumen wird sich die Infrastrukturvorsorge auflösen. Und daher werden diese Menschen zwangsläufig zurück in die Städte streben. Das wiederum wird weiter zur Überalterung der Stadtbevölkerung und zum Wachsen des Anteils bedürftiger Menschen dort beitragen. Daneben werden große Flächenverbräuche in der Natur auf lange Zeit versiegelt und damit wertlos. Unterstützt wurde diese suburbane Fehlentwicklung in Deutschland auch durch die Eigenheimzulage und andere Fördermittel.

Der demografische Wandel der Gesellschaft
Eine weitere wichtige Ursache für das Schrumpfen der Bevölkerung in Deutschland ist – neben dem ökonomischen Wandel und seinen Folgen – **der demografische Wandel**. Generell gesehen ist das Verhältnis von Geburten- und Sterberate sowie von Wanderungsgewinnen oder -verluste entscheidend für eine positive oder negative Bevölkerungsbilanz einer Stadt oder einer Region. Neben den zyklischen ökonomischen

Wanderungsbewegungen der Menschen wirken sich auch die niedrige Geburtenrate und die Überalterung der Gesellschaft strukturell auf die Stadtentwicklung aus. Trotz regionaler Unterschiede zwischen Metropolregionen, also wachsenden Regionen, und den schrumpfenden Städten, dürfte die deutsche Bevölkerung in den nächsten 25 Jahren weiter massiv abnehmen. Damit einhergehen die allgemeine Überalterung der Gesellschaft sowie ein veränderter Bedarf und eine veränderte Nutzung der gesamten städtischen Infrastruktur. Für die Städte bedeutet das höhere finanzielle Aufwendungen und Investitionen, die sie jedoch durch zu geringe Einnahmen aufgrund des Bevölkerungsrückgangs nicht leisten können – jedenfalls nicht ohne zusätzliche Unterstützung durch die Länder oder durch den Bund. Eine Voraussage, die alle Bundesländer gleichermaßen betreffen wird.

Fazit: Sozialer Wandel und soziale Polarisierung in den Städten

Unter dem Druck globaler Einflüsse und des sich weiter vollziehenden Strukturwandels ist für die Zukunft von einer stärkeren sozialen Polarisierung der Gesellschaft auszugehen. Dabei werden sich in der Tendenz zunehmend zwei dominante Einkommensgruppen gegenüber stehen. Eine kleinere Gruppe von gut ausgebildeten und gut verdienenden Haushalten steht einer wachsenden Gruppe schlecht verdienender und weniger gut gebildeter Haushalte gegenüber. Dabei löst sich die Mittelschicht immer weiter auf. Das so genannte verbindende soziale Glied der Bevölkerung steht für den Ausgleich zwischen Arm und Reich in der Kapitalgesellschaft nicht mehr zur Verfügung. In der Konsequenz entfällt auch die Grundlage für den sozialen Frieden unter den Menschen.

Für die Stadtentwicklung hat dieser Trend unter anderem sozialräumliche Konsequenzen, denn eine Grundvoraussetzung für den Zugang zu einem möglichst breiten Wohnungsmarkt sind finanzielle Ressourcen. **Gut Verdienende schaffen sich eigene Wohnstandorte. Wegen der Begrenztheit der Städte beginnt die Vertreibung der anderen Bevölkerungsschichten aus den Innenstädten.**

Die Wahlalternativen steigen für einkommensstarke Haushalte in den prestigeträchtigen Adressen, meist in den Innenstädten. Diese Haushalte bevorzugen besondere Wohnlagen, um in möglichst homogenen Nachbarschaften unter sich zu leben und um sich zugleich nach außen abzugrenzen. Demgegenüber stehen arme Haushalte mit sehr begrenzten finanziellen Mitteln. Für diese Menschen sind Entscheidungskriterien wie die Lage oder der Ruf eines Stadtviertels weniger von Belang, da für sie an erster Stelle das Kriterium der Bezahlbarkeit der Miete steht. An den Stadträndern und in den Großwohnsiedlungen des ehemaligen sozialen Wohnungsbaus bleiben die Menschen ohne oder mit geringem Einkommen zurück. Soziale Brennpunkte entstehen durch die zunehmende Armut, durch die Entmischung wirtschaftlich starker und schwacher Einkommenshaushalte und den wachsenden Anteil von Familien mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung. Viele dieser Familien sind gezwungen, neben ihrem geringen Einkommen staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt zu beantragen, oder sie gehen mehreren Teilzeitarbeitungen mit Niedriglöhnen nach.

Aus soziologischer Perspektive werden sich mit dieser Konzentration weitere negative Entwicklungen verbinden. So kann eine „schlechte Adresse“ ausreichen, um die persönlichen Aussichten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verringern. Ein weiterer Nachteil sind die fehlenden Vorbilder für eine eigene erfolgreiche Persönlichkeitsbildung. Wenn Kinder z.B. in einer Umgebung groß werden, in der es nicht zum Alltag gehört, regelmäßig einer Erwerbsarbeit nachzugehen, sondern von Transferleistungen des Staates und der Gesellschaft zu leben, dann werden sie sich sehr wahrscheinlich auch selbst an diesem Niveau orientieren. Aus einem benachteiligten Stadtquartier kann sich so ein benachteiligendes Stadtquartier entwickeln. Und das ist schon ein gewaltiger Unterschied.

Langfristig entstehen auf diese Weise getrennte Wohnviertel für Arm und Reich, und das soziale Miteinander löst sich auf. Diese Entwicklung wirkt sich auf die gesamte Struktur aus. Die Zahl der Privatschulen wie der Privatstraßen nimmt zu. Durch

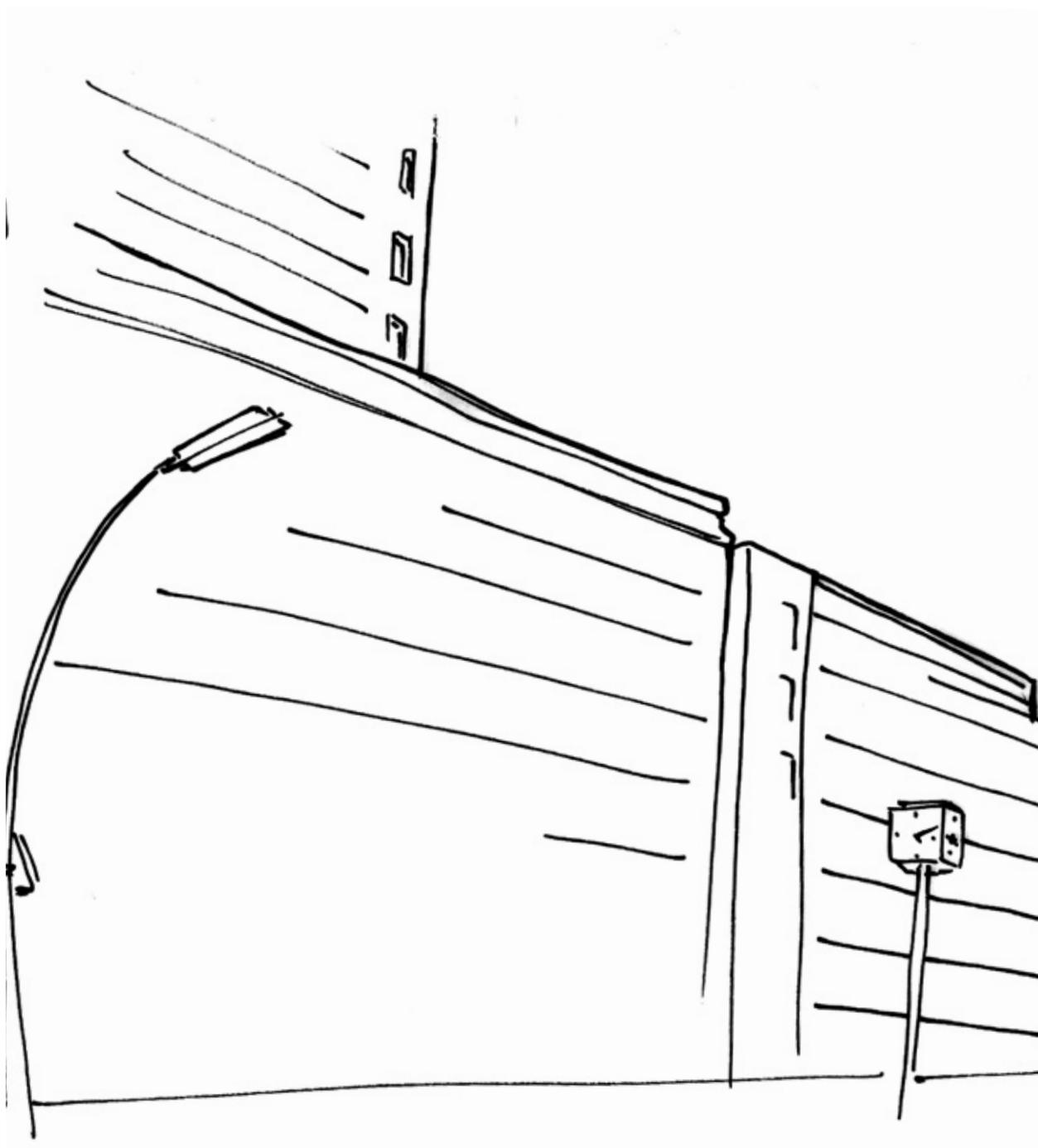
die ausgelaufene Belegungsbindung und wegen des gänzlich eingestellten sozialen Wohnungsbaus aber fehlt den Kommunen ein wichtiges Instrument zur Einflussnahme auf die sozialräumliche Struktur ihrer Städte.

Weitere Auswirkungen wird das soziale Milieu auf die Bereiche Bildung, Kultur, Sport und Freizeit haben. Infolge ihrer Einkommensschwäche können sich die Betroffenen immer weniger an den gesellschaftlichen Angeboten beteiligen.

Die Freizeitperspektiven der jungen Leute beschränken sich auf solche Angebote auf der Straße, die kein Geld kosten.

Aus ihrer Finanznot heraus müssen Jungen und Mädchen zunächst den noch bereitstehenden Angeboten aus Finanznot fern bleiben. Und später werden diese freiwilligen Freizeitangebote, die durch die Kommunen und Vereine vorgehalten werden, wegen der unzureichenden Nutzung eingestellt – **eine Art Teufelskreis**. Unkontrollierte und unkoordinierte Freizeitgestaltungen führen zur Selbstbeschäftigung mit allen ihren auch negativen Folgen bis hin zur Kriminalität.

Erst dann greifen weitere Förderprogramme, ohne dass diese die wirklichen Ursachen für solche problematischen Entwicklungen bereits im Wohngebiet zu beseitigen. Die durch die soziale Not der Bewohnerinnen und Bewohner betroffener Quartiere ausgelöste Abwärtsspirale ist kaum noch aufzuhalten. Schon wenige Jahre später ist solchen Stadtgebieten im Gesamteindruck der städtischen Verfasstheit ihr zunehmender Verfall anzusehen. Und wer nicht aus ökonomischen Gründen dazu gezwungen ist, dorthin zu ziehen, wird das mit allen Kräften zu vermeiden versuchen. Damit aber ist die soziale Spaltung der Gesellschaft in einer Stadt auf lange Zeit vollzogen.



Erste These

Stadt im steten Wandel



Stadtumbau ist keine eindimensionale, auf die Wohnungswirtschaft und die klassische Stadtentwicklung ausgerichtete Aufgabe.

Stadtumbau ist vielmehr ein komplexer, die gesamte Kommune fordernder und sich ständig verändernder Prozess, der alle Bereiche des Zusammenlebens der Menschen umfasst. Dazu gehören neben dem allgemeinen Städtebau die Ver- und Entsorger, die Stadtwerke, der öffentliche Personennahverkehr, die Struktur der Kindertagesstätten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, die Wohnungswirtschaft sowie die Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Gesundheits- und Einkaufsmöglichkeiten, aber auch attraktive Aufenthaltsqualitäten der Straßen und Plätze sowie die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Die Stadt zeichnet sich durch kurze Wege aus, die für alle Bevölkerungsschichten selbstständig benutzbar sind. Sie braucht eine innere Ordnung, die sich nah an den Bedürfnissen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner orientiert und zukünftige, voraussehbare Entwicklungserfordernisse für längere Zeit erfüllt. Eine nachhaltige Stadtentwicklung erfordert eine klare Zieldefinition, die durch die Menschen, die in ihr wohnen, angenommen und getragen wird.

Die Stärken der Geschichte einer Stadt können genutzt werden, um gemeinsam ihre Perspektiven zu diskutieren und zu entwickeln. Je mehr die Bürgerinnen und Bürger ihre Stadt mögen, desto mehr bringen sie sich selbst in die weitere Entwicklung ein.

Je mehr Interesse jeder und jede einzelne an ihrer Stadt hat, desto mehr werden die Bürgerinnen und Bürger Eigeninitiative und Verantwortung für die Stadt übernehmen.

Auslöser für derartige Diskussionsprozesse können und sollen Bürgerinitiativen sein. Sie können und sollen aber auch durch Fachgremien oder durch eine verantwortungsbewusste Kommunalpolitik angestoßen werden.

Jede städtische Entwicklung muss sich an den allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungserfordernissen der gesamten Region orientieren, in der sich die jeweilige Stadt befindet. Die städtische Entwicklung muss sich darüber hinaus an den gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen orientieren, wie der Abschwächung des Klimawandels, dem Abbau des Welthungers, dem sparsamen Umgang mit den fossilen Ressourcen der Erde oder dem Eindämmen von Überbevölkerung und Umweltverschmutzung. Auch wenn es zunächst den Anschein haben sollte, als würde es zwischen dem Stadtumbau und diesen globalen Gefahren keinen direkten Zusammenhang geben, so besteht dieser Zusammenhang sehr wohl: So belastet jede durch die wachsender Zahl privater Pkw hervorgerufene Erhöhung des Kohlendioxid-Verbrauchs die gesamte Weltbilanz weiter. Und die wachsende Zahl der Privat-Autos trägt auch zum schnelleren Verbrauch des Rohöls in der Welt bei.

Durch die globale Vernetzung der Welt wird sich die Mobilitätsanforderung an die Menschen weiter erhöhen.

In diesem Zusammenhang ist zu fragen, ob ein – für einen gesamten Familienzyklus mit einer „Haltbarkeitsdauer“ von mindestens 50 Jahren gedachtes – Wohneigentum wie ein Einfamilienhaus überhaupt noch erstrebenswert ist. In der Zukunft brauchen die Städte flexible Wohnformen, die sich in gemeinschaftlichem Eigentum befinden und die für eine breite werktätige Bevölkerungsschicht zur Verfügung gestellt werden.

Eine andere Entwicklungstendenz ist die kommunikative Vernetzung durch Internet und Breitbandtechnik, da der Anteil der Heimarbeit zunimmt und zugleich die Bedeutung der Mobilität senken kann. Diese Entwicklung befördert und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die selbständige persönliche Weiterbildung der Menschen. Das erfordert entsprechende Kommunikationsmöglichkeiten und die dafür notwendige kommunale Infrastruktur.

In der Zukunft wird es nicht mehr möglich sein, alle Waren der Konsumtion überall auf der Welt zu verkaufen, und sie dafür in großen Mengen quer über den gesamten Globus zu transportieren. Dafür wären völlig andere Transportmittel als heute erforderlich. Aber solange die Menschen auf die herkömmlichen Transporttechniken angewiesen sind, müssen diese Transporte reduziert werden, um den ökologischen Kollaps zu verhindern. Auf Grund der hohen ökologischen Belastungen wird die globale Wirtschaft zukünftig wieder auf regionale Wirtschaftskreisläufe zurückgeführt werden müssen. Es entstehen wieder kleinere Produktionsstätten in den lokalen Regionen mit regionalem Lieferverkehr – und zwar hauptsächlich auf der Schiene.

Die Bürgerinnen und Bürger in den Städten müssen auf alle diese ökonomischen und ökologischen Erfordernisse vorbereitet sein, um ihre persönlichen Bildungs-, Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Lebensplanungen darauf ausrichten zu können. Die persönlichen Lebensplanungen brauchen eine konkrete Entsprechung in den übergeordneten Ziel- und Leitbildern der Gemeinden.

Zweite These

Attraktive Stadt



Stadtumbau ist in erster Linie ein qualitativer Prozess; kein quantitativer, der sich an der Zahl der abzureißenden oder zu erhaltender Bestände der Wohnungen und Gebäude messen lässt.

Das Leitbild einer Stadt muss einerseits auf bestehende und zu entwickelnde regionale Stärken abzielen und andererseits an ihre Traditionen anknüpfen. Es geht um das neue Bild einer zukunftsfähigen Stadt. Sie darf sich nicht in einen ruinösen Wettbewerb gegen andere Kommunen begeben. Durch die Unterschiedlichkeit der städtischen Potenziale ergeben sich für die Bürgerinnen und Bürger neben den existentiellen Voraussetzungen vor allem auch Wahlmöglichkeiten für die Familien. Sie entscheiden selbst, in welcher Stadt sie wohnen und vor allem leben möchten. Von besonderer Bedeutung für die Orientierung der Menschen sind die so genannten weichen Standortfaktoren.

Ältere Menschen leben sehr gern in den Innenstädten, in denen sie kurze Wege zu Einkaufsmöglichkeiten und gesundheitlicher Versorgung vorfinden. Diese Wege müssen mit öffentlichen Verkehrsmitteln wie Bussen und Straßenbahnen gut erschlossen und in kurzen Taktzeiten zu überwinden sein. Abgesenkte Straßenborde und Einstiege in die Verkehrsmittel sind nicht nur ein Erfordernis für Menschen mit mobilen Behinderungen, sondern auch für Fahrradfahrer und Eltern mit Kinderwagen. Die Wohnungen für die älteren und alten Menschen sollten in ihrer Beschaffenheit ein möglichst langes Wohnen ohne fremde Hilfe ermöglichen.

Junge Familien brauchen ein großes Raumangebot in ihren Wohnungen und vor allem auch in dem sie umgebenden Freiraum.

Dafür sind Spiel- und Bolzplätze und Fahrradwege in der Nähe der Wohnungen unerlässlich. In den Wohnvierteln müssen ausreichend Kita- und Grundschulzentren zur Verfügung stehen. Auch für die jungen

Eltern sind Freizeitangebote für Sport und Treff, ob mit oder ohne Kinder, erforderlich. Wie auch ihre älteren Mitbürger brauchen junge Leute wohnungsnah Gesundheits- und Versorgungszentren, um die Wege dorthin auch ohne Auto zurücklegen zu können.

Die Ausstattungen der Wohnungen sollten die Heimarbeit weitestgehend ermöglichen, um jungen Eltern einen schnellen Einstieg in die Berufstätigkeit zu erleichtern. Auch wenn die Kinder krank sind kann so zumindest ein Teil der beruflichen Arbeiten gegebenenfalls zu Hause erledigt werden. Vor diesem Hintergrund gehören Internet und Breitbandversorgung sowie Telearbeitsplätze unbedingt zur Grundausstattung der Städte der Zukunft.

Singles und junge Menschen bis 25 Jahre stellen besondere Anforderungen sowohl an die Wohnungen, in denen sie leben, als auch an die Aufenthaltsqualität ihrer Stadt. Bei ihrer Entscheidung für einen Wohnstandort spielen vor allem Freizeitangebote eine große Rolle. Sie suchen in aller Regel Wohnungen mit kleineren Grundrissen, dafür aber vielfältige gastronomische Einrichtungen, Sportzentren, Kinos, Theater und Museen sowie andere Kulturgelegenheiten in ihrer Nähe. Die Städte sind mit ihren Angeboten nur dann attraktiv für alle Bevölkerungsschichten, wenn sie das Zusammenleben aller Einwohnerinnen und Einwohner ermöglichen und wenn sie keine Gruppe ausgrenzen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist ein ständiger Kommunikationsprozess zwischen allen Bevölkerungsgruppen. Gegenseitiges Verständnis kann nur dort entstehen und wachsen, wo die Menschen voneinander wissen und freiwillig aufeinander zugehen.

Je größer eine Stadt, desto vielfältiger sind die Möglichkeiten der verschiedenen Angebote. Je kleiner die Städte sind, umso wichtiger ist der Dialog darüber, welche städtische Entwicklung die Mehrheit ihrer Bewohner wünscht. Das gilt zum Beispiel für die Frage, ob eine Stadt ein eigenes Theater betreiben will und dafür städtische Finanzen ausgibt oder ob es in erreichbarer Nähe bereits ein Theater gibt, sodass sich diese Kommune daher vielleicht für sportliche

Angebote entscheidet. Solche strategischen Planungen und Abstimmungen der Städte einer Region untereinander betreffen vor allem auch die Strukturen für die weiterführende Ausbildung, für die stationäre gesundheitliche Versorgung und für die Angebote der kommunalen Verwaltungen.

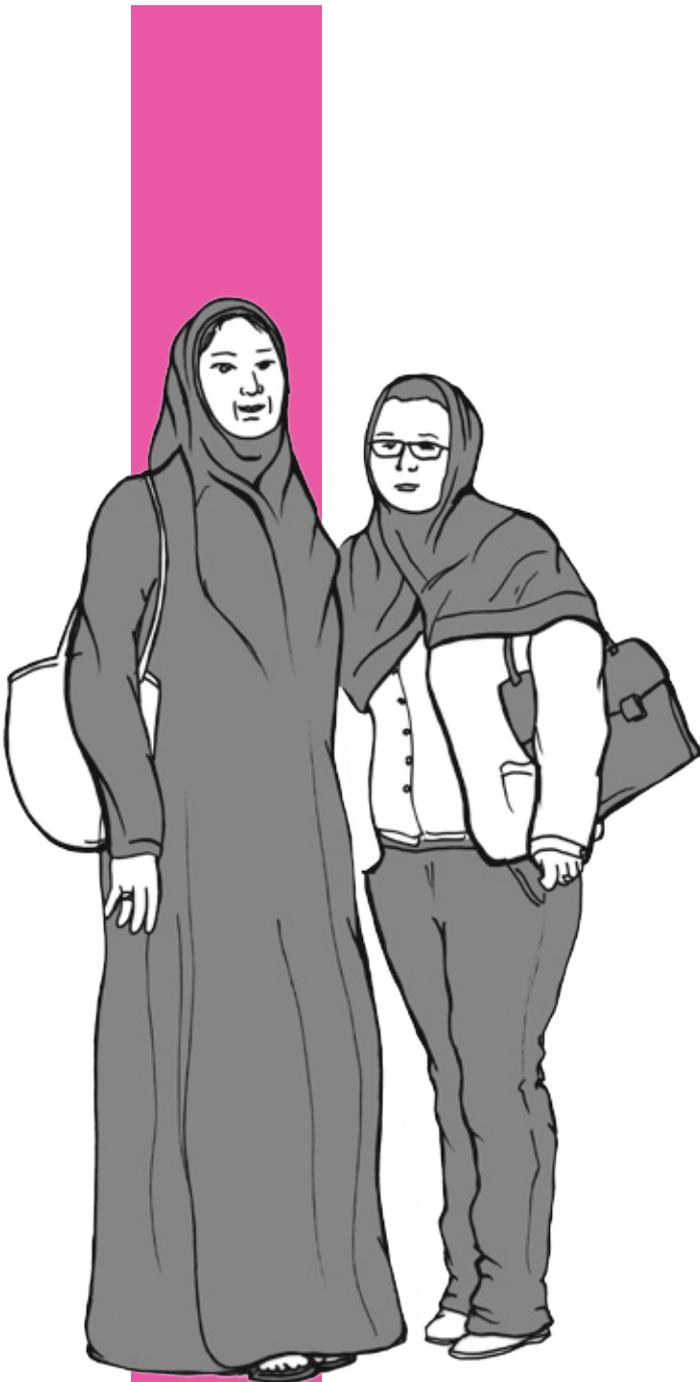
Jede Stadt ist für jeden dort lebenden Menschen ein Stück Heimat.

Auch aus diesem Grunde ist es wichtig, die Geschichte und Tradition der Städte zu bewahren und zu pflegen. Gerade regionale Besonderheiten unterscheiden die Lebensorte der Menschen voneinander und können ihnen zugleich Geborgenheit und Wohlgefühl vermitteln. Hier haben sie ihre Wurzeln, hier sind sie mit ihren Familien aufgewachsen, und bei entsprechender Verbundenheit mit der eigenen Stadt kehren sie immer wieder gern dorthin zurück – egal, ob sie dort dauerhaft leben oder arbeiten wollen oder um einfach nur Freunden, Verwandten und Bekannten immer wieder mal einen Besuch abzustatten. Und manchmal will man auch einfach nur die eigene Stadt wieder erkennen.

Auf diese Weise treten die Städte nicht in einen Wettbewerb gegeneinander, sondern sie bedingen und ergänzen sich zu einer Region.

Dritte These

Menschliche Stadt



Adressat des Stadtumbaus sind die Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen Städte. Sie sind politisch und sozial verfasst.

Der soziale Ausgleich ist Grundvoraussetzung für eine friedliche Konfliktlösung der Menschen untereinander. Auf diese Weise kann das Entstehen benachteiligter und „abgehängter“ Stadtgebiete verhindert werden. Die Stadt ist Zentrum von Arbeit und Wissen, Standort für Wirtschaftsunternehmen aller Größen, zentraler Verbände und Vereinigungen, von weiterführenden Bildungseinrichtungen wie Hochschulen und Universitäten oder Forschungseinrichtungen. Alle sind auf ein urbanes Umfeld angewiesen.

Insbesondere die kulturelle Prägung der Städte ist durch ihre Vielfalt lokaler kultureller und künstlerischer Initiativen gekennzeichnet. Diese Vielfalt und Qualität lokaler und kultureller Aktivitäten ist der Nährboden aller gesellschaftlichen Entwicklungen der Städte.

Für die Ausbildung urbaner Lebensstile sind die Städte von herausragender Bedeutung. Sie sind attraktiv für alle sozialen Gruppen, insbesondere für junge Menschen. Sie sind der Ort der Entwicklung zivilgesellschaftlichen Engagements der Menschen, gelebter Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie sozialer und gesellschaftlicher Innovation. Städte müssen anpassungsfähige Räume sein, die auch bei einschneidenden gesellschaftlichen Veränderungen wandlungsfähig bleiben.

Zukünftig werden immer mehr Menschen der unterschiedlichsten Nationalitäten, Kulturen und Religionen in die Städte wandern.

Diese Wanderungsbewegung ist für das künftige Zusammenleben Chance und Herausforderung zugleich. Um Segregation und Rekultivierung des ethnischen Zusammenhaltes zu überwinden, ist ein gesellschaftliches Klima der Offenheit und Toleranz, der Begegnung und des Zusammenlebens zu organisieren. Nicht nur

über die Verständigung durch Sprache, sondern durch wirkliche Begegnung und tatsächliche Vermischung der verschiedenen ethnischen Gruppen bei der Arbeit, im Wohnviertel, in Freizeit, Kultur und Sport und durch das vollständige Einbeziehen in alle Rechte und Pflichten einer städtischen Gesellschaft entsteht diese gewünschte Toleranz. Erst wenn zum Beispiel eine Bürgerin türkischer oder polnischer Herkunft in freien Wahlen zur Bürgermeisterin einer Stadt gewählt wird, werden kulturelle Abschottung und Intoleranz der Kulturen wirklich überwunden sein.

Wissen ist die notwendigste Ressource der Städte der Zukunft und eine unverzichtbare kommunale Leistung.

Stadtkultur entsteht aus dem Wissen und aus der Bildung ihrer Bewohner, aus qualitativvoller Planung im Dialog mit ihren Menschen und allen sozialen Gruppierungen, im Wettbewerb der Ideen und durch Kooperation. Stadtkultur ist eine Gemeinschaftsaufgabe der Zivilgesellschaft, der Politik, der Bau- und Immobilienwirtschaft und der Verwaltung.

Damit dieser umfassende Dialog zu allen die Menschen betreffenden Fragen geführt werden kann, bedarf es neuer Formen der interaktiven Kommunikation. Bisher genutzte Einwohner- und Informationsveranstaltungen reichen dafür nicht aus. Und diese Kommunikationsprozesse müssen erfolgen, bevor Politik und Verwaltung Entscheidungen treffen – nicht erst danach. Die entscheidende Voraussetzung für einen erfolgversprechenden Dialog sind die Kenntnis von Alternativen, Kosten und Folgekosten der geplanten Investitionen in allen Bereichen und vor allem die Kenntnis der Konsequenzen, die mit den verschiedenen Entscheidungen verbunden ist.

Der Ausbau kommunaler Mitbestimmungsrechte ermöglicht Kommunale Bürgerhaushalte, transparentes Verwaltungshandeln, den Ausbau bürgernaher Mitbestimmung auch außerhalb von Lobbyverbänden oder Bürgerinitiativen in wichtigen zukunftsweisenden Entscheidungen. Bürgerentscheide, Volksbegehren

und bürgernahe Verwaltungsleistungen, z.B. durch Beschwerdemanagement, stellen geeignete Formen des Ausbaus allgemeiner Mitbestimmung dar. Ein wichtiger Anfang für eine solche Entwicklung ist das E-Government.

Erfahrungsgemäß bringen sich Bürgerinnen und Bürger nur dann selbst und intensiv in kommunale Entscheidungsprozesse ein, wenn sie sichere Zeichen dafür haben, dass ihre Meinung auch wirklich gewollt ist – kritische und ablehnende Meinungen eingeschlossen. Ansonsten beschränkt sich ihre Mitbestimmung nur auf Fragen, die sie persönlich betreffen oder von denen sie persönlich betroffen sind.

Durch Aufgeschlossenheit und Neugier entsteht Begeisterungsfähigkeit und diese wird für die Menschen zur innovativen Aneignungsform ihrer Stadt. Diese kreativen Ansätze in einem Milieu auch tatsächlich zu nutzen, das gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Stadterneuerung.

Vierte These

Stadtökonomie



Erfolgreicher Stadtumbau kann nur gelingen, wenn die lokale und regionale Wirtschaft als relevante Partner einbezogen werden.

Unabdingbares Element der Planung und Realisierung des städtischen Strukturwandels ist eine belastbare Prognose wirtschaftlicher Entwicklung.

Auch die Marktwirtschaft ist auf verlässliche Planungen angewiesen, wenn sie sich auch ausschließlich an Angebot und Nachfrage orientiert. So brauchen die stadtquartiersnahen wirtschaftlichen Bereiche wie Dienstleistungen und Versorger planbare Strukturen der Städte, genauso wie diese die Ansiedlung von Familien an Standorten mit einer guten Versorgung lebenswichtiger Wirtschaftszweige unterstützt.

Je näher Arbeiten und Leben auch räumlich beieinander liegen, umso weniger Zeit und Umweltressourcen werden verbraucht.

Innerhalb des Stadtgebietes werden alle Produktionsstandorte zur unmittelbaren Versorgung der Menschen zum Beispiel mit Nahrungsmitteln und deren Verteilung zugelassen, soweit sie einen regionalen oder lokalen Markt mit ihren Produkten versorgen. Produktionstechniken sind umweltschonend und erzeugen kaum Emissionen. Gleiches betrifft kleine Handwerksbetriebe.

Größere Produktionsbetriebe sind im Stadtrandgebiet in Gewerbegebieten angesiedelt, die durch den gut an das überregionale Verkehrsnetz angeschlossenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu erreichen sind. Entscheidend für eine Ansiedlung sollten solche Faktoren sein wie der Ausbau vorhandener Wirtschaftsbetriebe, Passgenauigkeit zur bereits vorhandenen Wirtschaftsstruktur sowie die Förderung neuer innovativer Herstellungstechniken, die dem eigenen Standort neue, in die Zukunft gerichtete Perspektiven bieten.

Im Gegensatz dazu überfordert der ruinöse Wettbewerb um jede möglich Wirtschaftsansiedlung auf lange Sicht die städtischen Planungen sowohl was die städtischen finanziellen Aufwendungen betrifft als auch und vor allem dann, wenn es um die dazu notwendigen Infrastrukturinvestitionen in kürzester Zeit geht. Darauf sind weder die städtischen Haushalte noch die städtischen Versorger eingestellt. Auch das lokale und regionale Personal verfügt oft nicht über die notwendigen Ausbildungsprofile.

Eine besondere Verantwortung hat die jeweilige Kommune für das Schaffen neuer qualitätsvoller und gut bezahlter Arbeit. Aufgaben der Daseinsvorsorge werden in Betrieben kommunaler Eigentümer sichergestellt. Dazu gehören nicht nur die Mitarbeiter der originären Verwaltung der Kommune, sondern auch diejenigen in den Stadtwerken, in den Einrichtungen der Kinder-, Kranken- und Altenpflege, in den Kultur- und Sporteinrichtungen sowie die Mitarbeiter in den Entsorgungsbetrieben und in den Unternehmen der Wohnungswirtschaft und der öffentlichen Grünpflege. Auf diese Weise versorgen die Kommunen einen großen Teil ihrer Einwohner mit attraktiven Arbeitsplatzangeboten. Neben der Sicherung der Existenz tragen die Kommunen so auch dazu bei, die Fluktuation zwischen den Städten zu verringern und für lange Zeiträume stabile Einwohnerzahlen zu sichern.

Betriebe in kommunaler Hand bieten neben der Sicherstellung einer qualitativvollen Daseinsvorsorge den Bürgerinnen und Bürgern zudem einen weiteren wichtigen Vorzug: Sie können über deren Standard und Leistungsspektrum und über die Preise mitbestimmen, die diese Dienstleistungen kosten sollen. Nicht der Markt regelt die Preise, sondern Grundlage für Gebühren oder Entgelte sind die tatsächlichen Kosten der erbrachten Leistungen.

Regional funktionierende Wirtschaftsstrukturen überhitzen den Markt nicht und haben überschaubare Größen, die nicht zu Deformierungen des räumlichen Umfeldes beitragen. Auch Energieversorgung und Rohstoffgewinnung für die regionalen Betriebe können aus eigenen Ressourcen gesichert werden. Zugleich

werden massive Eingriffe in die Natur oder Monokulturen in der Landwirtschaft vermieden. Gleiches betrifft die Belastungen der Umwelt. Zu viel Industrie an einem Standort verschlechtert nicht nur das Verhältnis zwischen bebauter Fläche und Naturboden, sondern auch die unmittelbaren Lebensbedingungen der Menschen.

Regional und lokal orientierte Wirtschaftseinheiten tragen zur Verbesserung und zu einer nachhaltigeren allgemeinen Wirtschaftslage bei. Sie sind gegenüber globalen Einflüssen weniger anfällig und zudem naturverträglicher. Monopolbildungen schaffen Wachstumsmetropolen, die sich in jeder Hinsicht wiederum negativ auf die Lebensbedingungen der Menschen auswirken. Diese sind durch Planungsinstrumente der Kommunen vermeidbar. Verlässliche Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und ihren Verbänden sichert vor Ort die besten Standortbedingungen für private und kommunale oder genossenschaftliche Wirtschaftsbetriebe.

Fünfte These

Stadtplanung



Regional betrachtet hat der Stadtumbau eine unterschiedliche Qualität.

Zwischen Ost und West, aber auch zwischen Nord und Süd vollziehen sich die demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen und damit auch die sozialen Prozesse sowohl zeitlich als auch räumlich verschieden. Will man diese Prozesse anpassen, so ist es erforderlich, planerisch einzugreifen und die jeweiligen regionalen Unterschiede zu berücksichtigen. Und selbstverständlich müssen die Planungen die jeweiligen Umgebungsräume der Städte einbeziehen.

Vorrangiges Ziel aller Planungen muss es sein, gute Lebensverhältnisse aller Menschen in den Städten und im ländlichen Raum gleichermaßen zu gewährleisten. Die demografische Entwicklung ist nicht zwangsläufig als Bedrohung anzusehen, sondern sie ist als Chance für neue Spielräume anzunehmen und aktiv zu gestalten. Gleichwertige Entwicklungsziele erfordern kommunale und regionale Eingriffe und Abstimmungsprozesse in zukünftige Planungen.

Moderne und zukunftsfähige Städte zeichnen sich dadurch aus, dass sie im Zuge ihrer Umgestaltung vorrangig Konversionsflächen, Industriebrachen und Großwohnsiedlungen umwidmen und diese entsprechend den Bedürfnissen und Wünschen der Bewohnerinnen und Bewohner gestalten. Nicht zuletzt im Interesse des gesamten „Raumschiffs Erde“ unbedingt zu vermeiden ist der weitere maßlose Flächenverbrauch in den Städten. Ausgleichsflächen für Neubebauungen stehen oft nur außerhalb der Städte zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund hat die regionale Raumplanung künftig ein weitaus größeres Gewicht als bisher.

Aufgrund der bereits heute erkennbaren demografischen Veränderungen müssen die Städte sowohl aus ökonomischen als auch aus sozialen Gründen viel konsequenter als bisher die Vorteile der Funktionsmischung ins Zentrum der Stadtpolitik stellen. **Die Zukunft der Städte erfordert das Zusammenleben aller Altersgruppen, aller Lebensformen und aller zu uns wandernden Kulturen.** Ihre soziale und ethnische Integration muss organisiert werden.

Zum Sichern der Daseinsvorsorge sind zwischen den Städten und den kleineren Gemeinden mit sinkenden Einwohnerzahlen Netzwerke zu bilden und Versorgungsstandards zu garantieren. Das befördert sowohl die Entwicklung der Städte als auch die sie umgebenden ländlichen Räume mit deren Einwohnern.

Eine solche zentralorientierte Infrastrukturpolitik verlangt den Einsatz und die Bündelung aller städtischen Ressourcen. Nur so erreichen kommunales Planungs- und Ordnungsrecht, wirtschaftliche Betätigung in den Aufgabenfeldern der kommunalen Daseinsfürsorge sowie Personal- und Finanzmitteleinsatz eine maximale Effizienz.

Eine rein betriebswirtschaftlich orientierte Politik und Verwaltungsmodernisierung geht dagegen an den Problemen der Zukunft vorbei. Die Lösung für das Herstellen gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Städten und in den sie umgebenden ländlichen Räumen liegt vielmehr in dezentral organisierten Verwaltungseinheiten und kommunal beherrschten Betrieben der Daseinsvorsorge.

Kommunale Daseinsvorsorge und kommunale Eigenproduktion sind der Garant für Qualitätsstandards und Steuerungskapazität gegenüber den sozial und ökologisch liberalisierten Märkten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

In Zeiten grundlegender Veränderungen durch Globalisierung ist das dezentrale System von Städten und ihren Netzwerken besonders flexibel und kann die unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Räumen besser aufnehmen, als es die Zentralverwaltung könnte.

Die Nähe der Bürgerinnen und Bürger zu ihren politischen Organen der Selbstverwaltung sichert eine hohe Übereinstimmung der Interessen und der sich

daraus ergebenden Entscheidungsprozesse. Das Eingreifen des Staates sollte sich auf das Schaffen der dafür notwendigen Rahmenbedingungen wie die Gesetzgebung und eine entsprechende Finanzausstattung der Kommunen beschränken.

So können die lokale Autonomie und die selbstorganisierte Gesellschaft vor Ort, die kommunale Eigenständigkeit orts- und bürgernah gesichert werden.

Sechste These

Stadt und Natur



Stadtumbau bietet die Chance, die mit der Entfaltung des industriellen Zeitalters geraubte und in Teilen zerstörte Natur wieder zurückzugewinnen.

Es geht sowohl um das Einbetten der Städte in die Landschaft als auch um das gelungene Einbeziehen neuer und größerer Landschaftselemente in die Städte, deren innerer Zusammenhang damit nicht etwa zerrissen, sondern aufgewertet wird. Besonders gut geeignet dafür sind mittel- bis langfristig nicht mehr benötigte Industriebrachen und Wohnbauflächen.

Überdenkt man Ordnungsvorstellungen der Stadtentwicklung vergangener Jahrzehnte, so überwindet man auch den Denkansatz, dass das öffentliche Grün nur eine gewisse Zeit lang genutzt wird oder gar nur eine Art Ersatz für Gebautes ist. Auch hier gilt der Grundsatz, das grüne Wohlfühl-Oasen, in denen man sich gern aufhält, nicht nur die städtische Lebensqualität, sondern auch die Stadtluft verbessern. Parkanlagen, Spielplätze, Bürgergärten und andere Gelegenheiten zum Ausruhen und Flanieren bieten sowohl den Menschen als auch der Natur Plätze zur Erholung – Ökologie für Mensch, Tier und Natur. Auf diese Weise entstehen offenere, weniger dicht bebaute und stärker garten- und landschaftsbezogene Stadtquartiere, die viel besser künftigen Vorstellungen vom Wohnen entsprechen.

Der drohende Klimawandel und die Verknappung und Verteuerung der Energieressourcen erfordern eine auf die Schonung dieser Ressourcen gerichtete Stadt-, Verkehrs- und Gebäudeplanung.

Energieeinsparpotentiale liegen nicht nur in der energetischen Modernisierung der vorhandenen Gebäudebestände, sondern auch in der Umstellung der Energiewirtschaft auf dezentrale und erneuerbare Energiegewinnung. Und nicht zuletzt ist das Einsparen von Energie immer noch billiger als das Nutzen

regenerativer Energiequellen. Bereits jetzt sind solche technischen Systeme denk- und realisierbar, mit deren Hilfe direkt vor Ort Energie gewonnen und dem lokalen oder regionalen Verbrauch zugeführt werden kann. Diese Lösung ist jedoch bisher an der Energie-monopolisierung gescheitert.

Neue Kriterien in der Stadtplanung müssen der Ausbau der schienengebundenen Transportmittel sowohl im öffentlichen Personennahverkehr als auch beim Transport von Gütern und Produkten sein. Die Stadt der kurzen Wege vermeidet Individualverkehre und fördert umweltschonende Fortbewegungen wie das Fahrradfahren und das zu Fuß gehen – die ursprünglichste, natürlichste und gesündeste aller menschlichen Fortbewegungsarten.

Die Gestaltung der „kompakten Stadt“ – also Innenentwicklung vor dem Verbrauch weiterer Naturflächen durch die Erweiterung der Städte und das Entstehen neuer Stadtgebiete auf der „grünen Wiese“ – ist eine längst überfällige Aufgabe. Wo viele Menschen dicht zusammen leben, lassen sich Kohlendioxid und andere Treibhausgase einfacher vermeiden. Infrastrukturkosten verringern sich durch intensive Nutzung, und deren technisch modernste Erneuerung ist in kürzeren Zeiträumen möglich. Wenn Hausbesitzer ihre Energie heute noch nicht flächendeckend selbst erzeugen können, so können dies jedoch die Städte oft schon aus erneuerbaren Energien in ihren Stadtwerken organisieren. Ziel muss es jedoch sein, die Erzeugung an der Quelle des Energieverbrauchs für Wärme, Kühlung und Strom vorzunehmen.

Die Städte werden durch große Naturräume eingefasst. Die Natur hilft beim Absorbieren von Treibhausgasen.

Je mehr Naturraum für den Städtebau verbraucht wird, desto mehr verschlechtert sich das Verhältnis zwischen Regeneration und Emission. Diese Entwicklung muss in Zukunft nicht nur verhindert werden,

sondern das Verhältnis zwischen Regeneration und Emission muss nachhaltig verbessert, vielleicht sogar umgekehrt werden. Nicht zuletzt ist es daher notwendig, trotz der Zusammenballung der Lebensräume das Entstehen von städtischen Metropolen zu bremsen, in denen jeweils mehrere Millionen Menschen leben. Dort kann es die Natur auch bei aller Energieeinsparung gar nicht mehr aus eigener Kraft schaffen, die anfallenden Emissionen des Zusammenlebens abzubauen. Wasserreservoirs werden zu stark ausgebeutet, und auch die Wiederaufbereitung von Brauchwasser erzeugt neue Probleme.

Riesige, langfristig zur Verfügung stehende Wasserreserven werden auch für die Produktion landwirtschaftlicher Güter zur Nahrungs- und Energieerzeugung benötigt. Landwirtschaftliche Produkte sind durch ökologische Anbaumethoden und Wechselfrucht zentrumsnah zu produzieren und zu verarbeiten.

Durch das Vermeiden zu langer Transportketten und zu großer Individualverkehre wie auch durch eine neue Generation von Transportmitteln auf der Basis erneuerbarer und effizienterer Verbräuche wird die Umwelt nachhaltig entlastet. Das ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben.

Siebte These

Stadt die allen gehört



Stadtumbau wird im Großen und Ganzen durch die Kommunen, die kommunalen Betriebe und ihre Wohnungsgesellschaften vollzogen.

Hier treffen sich alle gesellschaftlichen Wandlungserfordernisse – ausgedrückt durch die Bedürfnisse ihrer Menschen. Die Wohnung und das Wohnumfeld sind die elementaren Ebenen der Wandlung. Damit stehen sie dem „Mainstream“ der schnellen Rendite und Kapitalinteressen entgegen. Dieser Konflikt kann und muss durch eine weitere Rekommunalisierung der Gebäudebestände gelöst werden. Erst wenn die Wohnung keine Renditeobjekt mehr ist, kann für alle Menschen angemessener Wohnraum in ausreichendem Umfang angeboten werden. Erst dann kann nachhaltige Stadtentwicklung eine zukunftsfähige Stadt entstehen lassen. Je größer der private Anteil an Wohnraum in einer Stadt ist, desto schwerer ist es, einen den sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechenden Stadtumbau zu organisieren. Auch breit diskutierte Leitbilder und integrierte Stadtentwicklungskonzepte lassen sich nur dort umfassend und nachhaltig durchsetzen, wo die Akteure an diesem Umgestaltungsprozess teilnehmen wollen und tatsächlich teilnehmen können.

Wohnen muss für alle Mitglieder der Gesellschaft bezahlbar sein.

Neben dem ausreichenden Wohnraum sind die Mieten und ihre Nebenkosten entsprechend dem jeweiligen Einkommensniveau zu gestalten. Der soziale Aspekt kann zwar durch die Subjektförderung zu einem Teil ausgeglichen werden, alle anderen zukünftigen Herausforderungen an das Wohnen werden jedoch vernachlässigt. Auch wenn inzwischen die energetische Sanierung der Gebäudebestände als durch den Klimawandel ausgelöste Zukunftsforderung begriffen wird, so reicht die Kenntnis dieses Ziels allein nicht aus. Alle am Bau und der Bewirtschaftung von Gebäudebeständen Beteiligten müssen sich an der energetischen Sanierung der ihnen anvertrauten Bestände beteiligen. Renditeorientierte Besitzer oder gar international agierende Finanz- und Immobilienkonzerne richten

ihre Anlagen auf die maximale Gewinnoptimierung aus. Aufgrund dessen nehmen sie notwendige Investitionen in die energetische Sanierung oder Instandhaltung nur im unbedingt erforderlichen Maße vor. Und Stadtumbaukonzepte werden nur insofern berücksichtigt, wie sie der Gewinnmaximierung förderlich sein können. Schon aus diesem Grunde gibt es für die Entwicklung der Städte der Zukunft keine vernünftige Alternative zur Rekommunalisierung.

Fördermechanismen und Instrumente des Staates sind bei der Lösung der Stadtentwicklung unerlässlich, wenn man sie bundesweit und im europäischen Kontext durchsetzen will. Die Finanzausstattung der Kommunen allein reicht dafür aber nicht aus. Um die kommunale Selbstverwaltung aufrecht zu erhalten, müssen Bund und Länder ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Wie die bisherige Praxis der Förderpolitik mit ihren vielen unübersichtlichen Förderprogrammen zeigt, ist unter diesen Bedingungen eine ganzheitliche Stadtentwicklung unter Einbeziehung einer breiten bürgerschaftlichen Selbstbestimmung vor Ort nicht realistisch. Bisherige Förderungen weisen zudem einen zu starken „heilenden Charakter“ auf. Sie haben die auf die regionalen Potentiale ausgerichtete ganzheitliche Stadtentwicklung eher behindert als befördert.

Optimale Voraussetzung für den zukunftsfähigen Stadtumbau entsprechend den jeweiligen Entwicklungspotenzialen der Kommunen sind sowohl Kommunale Investitionspauschalen des Staates als auch eine auskömmliche Finanzausstattung der Städte. Beides ist daher unverzichtbar.

Das garantiert einen konzentrierten und auf höchste Effekte ausgerichteten Einsatz der öffentlichen Mittel. Auch die sehr angespannten Haushalte der Kommunen sowie deren Dienstleister und Versorger würden sich so entspannen – eine erwünschte Gegenwirkung zur weiteren städtischen Verschuldung.

Die Komplexität der Stadtumbauprozesse erfordert eine konzentrierte Steuerung durch die öffentliche

Verwaltung. Sie erfordert das Zusammenführen aller Verwaltungsressourcen, qualifiziertes und moderierendes Personal und das ständige Überprüfen der Ergebnisse mit den Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte dürfen nicht einmal aufgeschrieben und dann in vielen Jahren „stur“ umgesetzt werden, sondern sie müssen regelmäßig geprüft und fortgeschrieben oder geändert werden.

Die Stadt der Zukunft zeichnet sich durch eine modernisierte und energetisch sanierte Wohnarchitektur aus, die den Bedürfnissen ihrer Bürgerinnen und Bürger entspricht und auf ökologische Erfordernisse eingeht. Die Stadt der Zukunft ist ein kommunales Gebilde, in dem Eltern und ihre Kinder, Singles, junge und alte Leute, Gesunde und Kranke, Bürgerinnen und Bürger verschiedenster Kulturen und Religionen gesund und friedlich miteinander leben, lernen, feiern und arbeiten. Die Stadt der Zukunft ist eine Kommune, deren Einwohnerinnen und Einwohner ihre Stadt auch tatsächlich als ihre Stadt begreifen, im besten und wahrhaftigen Sinne des Wortes in Besitz nehmen, eine Stadt, die sie alle gemeinsam verwalten, gestalten und verändern.

Fazit



Bei der Stadtentwicklung und beim Stadtumbau in Ost und West, in Nord und in Süd geht es nicht zuerst um das Versetzen von Steinen und Mauern.

Es geht vor allem um lebendige Beziehungen aller Menschen zueinander, dort wo sie zu Hause sind, wo sie ihr eigenes Leben gestalten. Es geht um lebendige und faire Nachbarschaften, eben um soziale Bindungen.

DIE LINKE will den Stadtumbau weiter fassen als das bisher geschieht, seine kulturelle und soziale Dimensionen hervorheben. Der Stadtumbau ist kein Selbstzweck, sondern lediglich Mittel zum Zweck und Instrument zur Umgestaltung der Städte, denn kulturelle Angebote, Bildungsstrukturen dürfen niemals als Luxus im Leben angesehen werden.

Auch wenn es heute mitunter so scheint; es darf kein Abrissprogramm im alleinigen Interesse der Wohnungswirtschaft und ihrer Gesundheit geben. Einziger Maßstab für das Aufwerten und Neugestalten der Wohnquartiere müssen die Bedürfnisse ihrer Menschen im Heute und im Morgen sein – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Nur wenn man Stadtumbau als komplexe Aufgabe begreift, der die Lebenswirklichkeit der Menschen in vielerlei Hinsicht berücksichtigt, wird man Stadtidentität schaffen und dauerhafte und nachhaltige Impulse für eine gebaute, gesunde Umwelt setzen können. Der Stadtumbau muss solche Bedingungen schaffen, die den Bürgerinnen und Bürgern in allen Lebensphasen und in allen sozialen Situationen vielfältige Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Erst wenn die Menschen sich sicher und geborgen fühlen, wenn sie ohne Angst und Sorge ihre elementaren Verhältnisse regeln können, erst dann ist ein menschenwürdiges Leben aller gewährleistet.

Und wenn urbanes Leben zentrale Voraussetzung zur Entfaltung jedes Einzelnen ist, dann betrifft dessen Gestaltung folglich alle, und so müssen auch alle die Möglichkeit bekommen, an diesem Prozess teilzuhaben. Es kommt darauf an, die jeweiligen Unterschiede, die Stärken und Schwächen, die Traditionen, aber

auch die Wachstumschancen einzelner Städte zu erkennen, zu begreifen und zu nutzen, diese in Handlungsstrategien und Leitbilder zu fassen, sie mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren und die Bürgergesellschaft als aktives Entwicklungsinstrument zu verstehen und zu benutzen.

Wenn Rendite nicht privatisiert wird, werden soziale Risiken auch nicht allein kommunalisiert. Das aber wird nur zu schaffen sein, wenn sich die Politik klar zu den Aufgaben der Daseinsvorsorge bekennt. Sonst führt die nachindustrielle Gesellschaft jenseits der Dienstleistungs- und Wachstumsmetropolen zu überflüssigen Städten und Landschaften, die im Prozess der Globalisierung als ökonomisch irrelevante Räume einfach aussortiert werden.

LINKE Politik kann ein Primat der Ökonomie über die Politik und den Staat nicht akzeptieren. Es geht allein um die Frage: Wie kann die Stadt geringerer Dichte aussehen? Und wie kann eine solche Stadt als Leitbild gegenüber dem entfesselten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts fungieren, um Umweltkatastrophen und soziale Gegensätze zu beherrschen?

Wir müssen das Versprechen der Industriemoderne, das von einem immer währenden Wachstum ausgeht, an ein neues Leitbild anpassen. Dies zu gestalten und neu zu erfinden ist die große Aufgabe, auf die es wahrscheinlich nicht nur eine Antwort gibt. Es ist die Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative jenseits grenzenloser Deregulierung und kannibalistischer Standortkonkurrenz. Auch das Zurückgewinnen der Natur durch und für die Menschen ist daher nicht die schlechteste Alternative – ohne auf mehr Lebensqualität zu verzichten und ganzen Regionen den Zugang zu Leistungen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu verwehren.

Es geht um das richtige Verhältnis zwischen Metropolen und ländlichen Räumen, von zentralen Orten und deren Strahlkraft zu- und untereinander. Städte sind flexible Systeme und Netzwerke, bestehend aus den Akteuren, den Menschen. Die Verlagerung des Schwerpunktes von der physischen Infrastruktur

zur Städtedynamik garantiert die Lebensqualität der Stadtbewohner.

Wir brauchen mehr „städtische Kreativität“. Denn städtische Kreativität ist eine fast unausschöpfliche Ressource, die allerdings im Stadtumbau und in der Stadtentwicklung bisher noch viel zu wenig genutzt wurde und wird. Es ist höchste Zeit, das zu ändern.

In diesem Sinne kann Stadtumbau aus konsequent LINKER Sicht verstanden werden als ein Programm für das Gestalten menschlicher Städte, in denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner gleich welchen Namens und welcher Herkunft, welchen Geschlechts und welcher Hautfarbe, welcher Sprache und Religion, welchen Berufs und welchen Standes sie auch immer sein mögen, wohl fühlen. Die „LINKE Stadt der Zukunft“ mag zwar vorerst noch eine VISIONA sein, aber nur wenn wir heute damit beginnen, unsere Träume in konkrete Taten zu verwandeln, werden wir in 25 Jahren erste Umriss von VISIONA sehen können. In diesem Sinne folgt dieses Konzept einem Gedanken von Antoine de Saint-Exupéry, dem Vater des „Kleinen Prinzen“, der einmal so wunderbar formuliert hat:

„Man kann nicht in die Zukunft schauen, aber man kann den Grund für etwas Zukünftiges legen – denn Zukunft kann man bauen.“

Impressum

Fraktion DIE LINKE.
im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
10011 Berlin

Telefon: 030/22751170
Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Idee und Texte:
Heidrun Bluhm, MdB
heidrun.bluhm@bundestag.de

Realisierung:
süßes+saures
www.suessesundsaires.com

Illustration:
www.christianrothenhagen.com

Veröffentlicht und zur Diskussion
eingeladen am 23. Juli 2009.

